



PRESSEMITTEILUNG

Nr.285/GP

01.09.2023

Holetschek: Start für den Präventionsbeauftragten für psychische Gesundheit und Sucht - Bayerns Gesundheitsminister: Prävention ist gerade als Antwort auf Cannabis-Legalisierung wichtig - Professor Romanos: Wir brauchen frühzeitig die richtigen Präventionsangebote

Der neue Präventionsbeauftragte für psychische Gesundheit und Sucht des bayerischen Gesundheitsministeriums, Professor Marcel Romanos, hat zum 1. September seine Arbeit aufgenommen. Darauf hat **Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek** am Freitag in München hingewiesen. Holetschek betonte: „Während die Bundesregierung die gefährliche Legalisierung von Cannabis uneinsichtig weiter vorantreibt, setzt Bayern mit der Benennung von Professor Romanos einen weiteren Schwerpunkt im Bereich Aufklärung und Vorbeugung und nimmt insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den Blick. Ich freue mich sehr, dass Professor Romanos dem bayerischen Gesundheitsministerium seine Expertise zur Verfügung stellt.“

Professor Romanos ist Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Universitätsklinikum Würzburg. Er erläuterte: „Mein Ziel ist es, die Entwicklung, Evaluation und Verbreitung von Präventionsprogrammen voranzubringen. Wir können aber nur dann psychische Erkrankungen effektiv vermeiden, wenn wir frühzeitig Angebote machen, die wissenschaftlich nachgewiesen wirksam sind. Gerade im Bereich der Qualität und Evidenzbasierung müssen wir noch deutlich besser werden - und hierfür möchte ich mich einsetzen. Dadurch werden wir chronische Belastungen über die ganze Lebensspanne reduzieren und zudem spätere Behandlungskosten einsparen können.“

Professor Romanos warnte zugleich vor den Risiken der Pläne der Bundesregierung für eine Legalisierung von Cannabis. Der Präventionsbeauftragte für psychische Gesundheit und Sucht erläuterte: „Der Konsum von Cannabis bedeutet erhebliche Gefahren für die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung insbesondere für junge Menschen. Die von der Bundesregierung angekündigten Präventionskampagnen sind keinesfalls geeignet, um den Risiken für Jugendliche angemessen zu begegnen.“

Holetschek kritisierte: „Prävention kommt bei der Berliner Ampel in der ganzen Debatte um die Cannabis-Legalisierung viel zu kurz. Die von



Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Aufklärungs-Kampagne ist ein schlechter Witz. Sie enthält nicht nur missverständlich formulierte Slogans, sondern es fehlt vor allem eine zielgruppengerechte Ansprache. Auf diese Weise können bestimmt nicht viele Jugendliche vor den Gefahren des Cannabiskonsums geschützt werden. Zudem kürzt die Bundesregierung ihre Mittel für Prävention im kommenden Jahr um vier Millionen Euro auf rund neun Millionen Euro. Das ist das völlig falsche Signal.“

Holetschek bekräftigte: „Die Bundesregierung sollte die Cannabis-Legalisierung endlich stoppen. Es ist unverantwortlich, eine Droge zu verharmlosen und so die Gesundheit gerade von jungen Menschen zu gefährden. Außerdem gibt es weitaus wichtigere Aufgaben im Gesundheits- und Pflegewesen.“

Holetschek fügte hinzu: „Der Freistaat investiert in diesem Jahr mehr als acht Millionen Euro in Suchtpräventions- und Suchthilfeangebote. Wir haben gerade mit Blick auf Cannabis ein sehr erfolgreiches Projekt an Schulen zur Sensibilisierung für die Gefahren des Cannabiskonsums eingerichtet. Kernstück sind dabei qualitätsgesicherte Präventionsworkshops durch geschulte Moderatorinnen und Moderatoren zum Thema Cannabis in den Jahrgangsstufen 8 und 9. Bis Ende Juli 2023 wurden bisher mit den Workshops knapp 250 Klassen erreicht. Ziel ist es, von September bis Dezember weitere 320 Klassen zu erreichen.“